

# Koordination bei der Unternehmensbesteuerung

*Die schwierigen Herausforderungen der Unternehmenssteuerreform III sind bei der Debatte über eine allfällige Korrektur der Unternehmenssteuerreform II unbedingt einzubeziehen. Dem schweizerischen Unternehmenssteuerrecht droht sonst der Schiffbruch. Von René Matteotti und Peter Riedweg*

Die Unternehmensbesteuerung der Schweiz steht seit geraumer Zeit im Visier der Innen- und Aussenpolitik. Verschiedene Finanzpolitiker fordern die Einschränkung des mit der Unternehmenssteuerreform II eingeführten Kapitaleinlageprinzips. Die EU-Kommission pocht auf Beseitigung von Steuerprivilegien für Holding- und Verwaltungsgesellschaften im Rahmen einer Unternehmenssteuerreform III. Das ratlos wirkende Vorgehen in der derzeitigen Politik erregt Besorgnis. Werden die Massnahmen bei den Unternehmenssteuerreformen II und III nicht koordiniert, drohen Wertungswidersprüche und eine wesentliche Verschlechterung der Schweiz als Unternehmenssteuerstandort.

## *Zwei Motionen*

Der Ständerat hat in der Sommersession darüber zu befinden, ob er zwei Motionen unterstützen soll, welche zum Ziel haben, das Kapitaleinlageprinzip einzuschränken. Zunächst ist festzuhalten, dass das Kapitaleinlageprinzip kein Steuergeschenk für Grossaktionäre darstellt. Es soll vielmehr verfassungswidrige Überbesteuerungen des alten Rechts beseitigen. Die prognostizierten Mindereinnahmen für Bund und Kantone belegen bloss, in welchem hohem Ausmass Überbesteuerungen erfolgten, wäre das Kapitaleinlageprinzip nicht eingeführt worden. Auf Kapitaleinlagereserven soll und darf der Fiskus aus steuersystematischen Gründen kein Zugriffsrecht haben. Würde das Kapitaleinlageprinzip im Sinne der beiden Motionen mittels Prioritätsregel eingeschränkt, könnten Nennwert und Kapitaleinlagen nur noch dann steuerfrei an die Aktionäre ausgeschüttet werden, wenn die ausschüttende Gesellschaft gemäss Handelsbilanz keine Jahresgewinne oder Gewinnreserven auswies. Die Flexibilität des geltenden Rechts, die Rückzahlung von Nennwert und Kapitaleinlagereserven (unter Vorbehalt des Gläubigerschutzes) jederzeit zuzulassen, um eine effiziente Allokation des investierten Eigenkapitals zu ermöglichen, würde torpediert. Die Finanzierung von Kapitalgesellschaften mit Kapitaleinlagen würde gehemmt. Der Verschuldung der Gesellschaften würde indirekt Vorschub geleistet. Eine Prioritätsregel stellt sich damit quer zum heute breit akzeptierten steuerpolitischen Postulat, zwischen Eigen- und Fremdkapital Finanzierungsneutralität herzustellen, um steuerliche Hürden bei der Stärkung der Eigenkapitalbasis und beim Zugang zum Risikokapital zu beseitigen. Sie würde zu einer faktischen Abschaffung des Kapitaleinlageprinzips führen.

## *Druck von aussen*

Die EU-Kommission drängt die Schweiz seit 2007 dazu, ihr Unternehmenssteuerrecht an das europäische Beihilferecht anzupassen. Betroffen sind vor allem die kantonalen Steuerprivilegien für Holding- und Verwaltungsgesellschaften. Die schweizerische Europapolitik könnte es erforderlich machen, die von der EU als schädlich empfundenen Steuerregime im Rahmen einer Unternehmenssteuerreform III abzuschwächen oder gänzlich aufzugeben. Daher sind Steuerexperten des Bundes derzeit fieberhaft auf der Suche nach Ideen, wie die Schweiz ihr Unternehmenssteuerrecht europakompatibel umbauen kann, ohne an Standortattraktivität einzubüssen. Das Ei des Kolumbus ist aber noch nicht gefunden worden. Grosse Kantone wie Zürich und Basel-Stadt stehen einer generellen Gewinnsteuersenkung skeptisch gegenüber. Vorgeschlagene allgemeine Steuerprivilegien für Lizenz- und Zinseinkünfte könnten aufgrund des weltweit hohen Finanzbedarfs der öffentlichen Hand bald ins Visier der EU-Kommission und der OECD kommen.

In dieser Ausgangslage sind die Herausforderungen der Unternehmenssteuerreform III bei der Debatte über eine allfällige Korrektur der Unternehmenssteuerreform II einzubeziehen. Das Kapitaleinlageprinzip in der heutigen Form hat sich als eigentlicher Trumpf der Schweiz im Steuerwettbewerb erwiesen. Es bietet weder für die EU noch für die OECD Angriffsflächen, da es sich steuersystematisch begründen lässt. Dank der derzeitigen liberalen Ausgestaltung ist es gelungen, bedeutende ausländische Unternehmen in der Schweiz anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bei einer Beschränkung des Kapitaleinlageprinzips würde die Schweiz im Vergleich mit ihren wichtigsten Standortwettbewerbern bei der Quellenbesteuerung von Dividenden ihren Mittelfeldplatz – den sie im Rahmen der Unternehmenssteuerreform II mühsam erklommen hat – wieder verlieren. Wichtige Konkurrenten der Schweiz verzichten beispielsweise gänzlich auf die Erhebung einer Verrechnungssteuer auf Dividenden oder die Anwendung einer Prioritätsregel (Grossbritannien, Singapur, Irland, Österreich). In Luxemburg und in den Niederlanden lässt sich die Prioritätsregel durch bestimmte Gestaltungsmassnahmen relativ einfach aushebeln.

## *Prioritätsregel*

Mit Einführung einer Prioritätsregel würde die Schweiz bei der Dividendenquellenbesteuerung hinter die Hochsteuerländer Deutschland, Frankreich und USA ans Tabellenende zurückfallen. Hält man sich die schwierige Ausgangslage bei der

Unternehmenssteuerreform III vor Augen, wäre es steuerpolitisch unvernünftig, im Rahmen einer Ergänzungsgesetzgebung zur Unternehmenssteuerreform II den Standort Schweiz zu schwächen, den es im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III gerade wieder zu stärken gilt. Eine rationale Unternehmenssteuerpolitik gebietet daher, den Entscheid über allfällige Korrekturen bei der Unternehmenssteuerreform II mit der anstehenden Unternehmenssteuerreform III abzustimmen. Sonst droht dem schweizerischen Unternehmenssteuerrecht Schiffbruch.

.....  
**René Matteotti** ist Professor für schweizerisches, europäisches und internationales Steuerrecht an der Universität Bern; **Peter Riedweg** ist Tax Partner bei Homburger.